



Thüringer Aufbaubank

Die Förderbank.

Thüringer Kommunalmonitor 2019

Kommunale Trends auf den Punkt gebracht



Inhalt

1	Bedarf an personellen Ressourcen
2	Bedarf an Investitionsmitteln
3	Bedarf an Fördermitteln
4	Demographische Entwicklung
5	Hemmnisse der Investitionstätigkeit
6	Kalkulation von Instandhaltungsbudgets
7	Methodisches Vorgehen
8	Zusammenfassung der Ergebnisse

Vorwort

Die Thüringer Aufbaubank (TAB) ist seit vielen Jahren ein wichtiger Finanzierungspartner der Thüringer Kommunen. Um auch zukünftig ein passgenaues Förder- und Finanzierungsangebot darstellen zu können, ist es immens wichtig, den tatsächlichen Bedarf auch zu kennen.

Deshalb hat die TAB als Förderbank des Freistaats Thüringen im Jahr 2019 begonnen, eine eigene Befragung der Thüringer Städte und Gemeinden sowie der Landkreise durchzuführen. Es sollen Informationen zur wirtschaftlichen Lage und zu den finanziellen und investiven Bedarfen der Thüringer Kommunen und Landkreise gewonnen werden.

Dass sich in der ersten Befragung schon 77 der 223 angeschriebenen Kommunen und Landkreise daran beteiligt haben, zeigt das Interesse und bietet damit auch repräsentative Aussagen. Wir bedanken uns an dieser Stelle für die Beteiligung, wohlwissend, dass dies im laufenden Tagesgeschäft keine Selbstverständlichkeit ist.

Wir werden diese Befragung im nächsten Jahr fortsetzen, um die Entwicklung zu beobachten und weitere Erkenntnisse für unsere Arbeit und zum Wohle der Thüringer Kommunen zu gewinnen.

Ihr

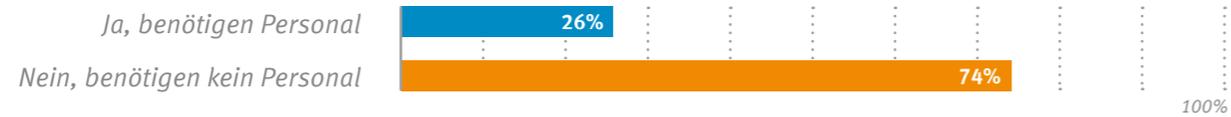


Matthias Wierlacher, Vorstandsvorsitzender der Thüringer Aufbaubank



Personalbedarf in den nächsten drei Jahren

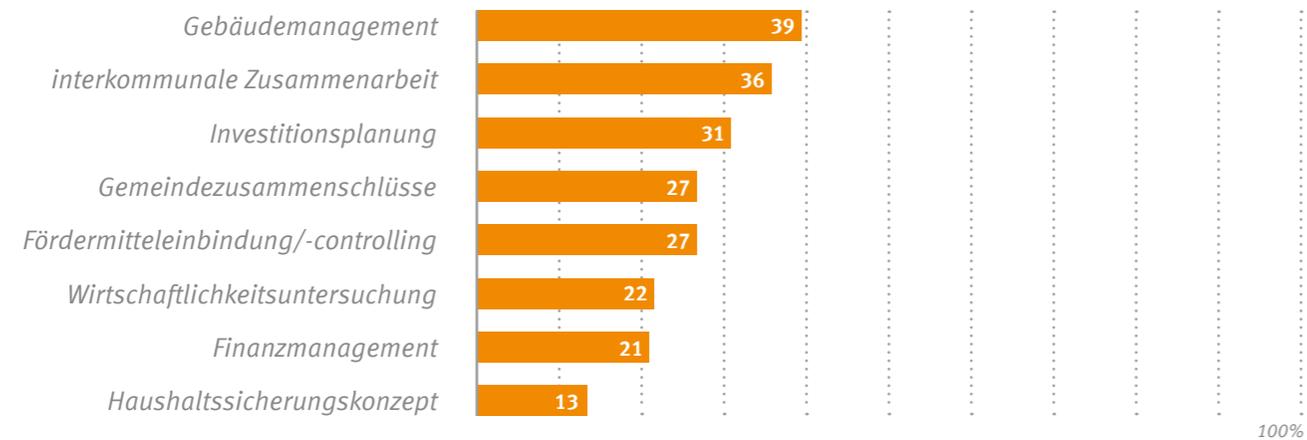
Etwa jede Vierte der 19 Kommunen, die sich in Haushaltssicherung befindet, benötigt Personal in diesem Bereich.



Alle befragten Kommunen

(N = 77), Angaben in Prozent

Neben den Bereichen Gebäudemanagement und Investitionsplanung sehen viele Kommunen in den nächsten Jahren auch Personalbedarf im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit.

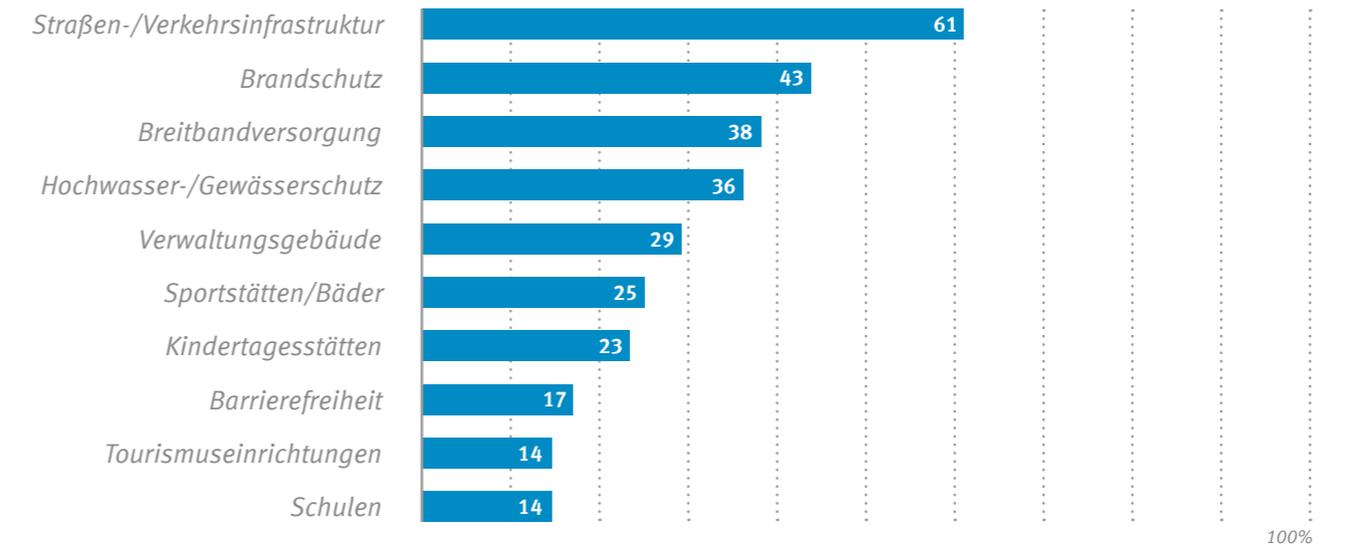


Investitionsmittelbedarf - Dreijahreshorizont

Bezogen auf alle befragten Kommunen dominiert der Investitionsbedarf in die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur die TOP-10-Liste. Die Betrachtung der Bedarfe in den einzelnen Kommunaltypen auf den folgenden Seiten ergibt ein differenziertes Bild. Bei den VG stehen die Breitbandversorgung und bei den Landkreisen die Investitionen in die Schulen an erster Stelle.

Hohe Wichtigkeit! TOP 10 aller befragten Kommunen:

(N = 77), Angaben in Prozent

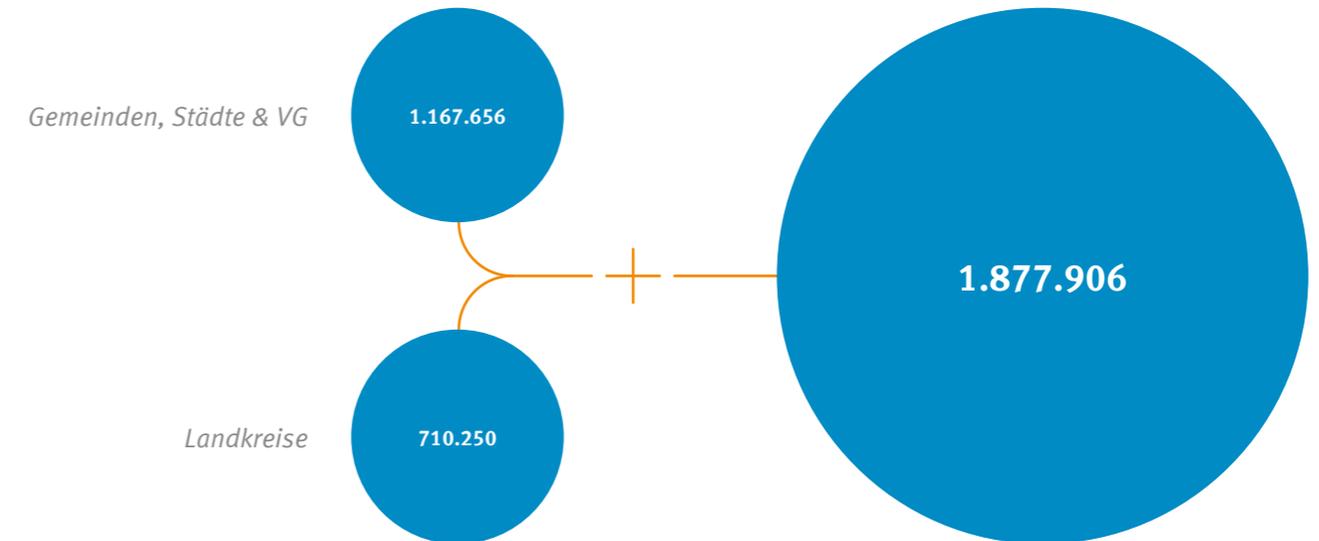


Investitionsvolumen- Dreijahreshorizont

Bedarf in T€

Investitionsschwerpunkte	Gemeinde, Städte & VG	Landkreise
Straßen- / Verkehrsinfrastruktur	174.336	96.074
ÖPNV	61.769	5.901
Verwaltungsgebäude	143.467	16.514
Energieerzeugung /-versorgung	3.178	0
Abfallwirtschaft	203	0
Schulen	99.538	342.086
Kindertagesstätten	51.120	0
Kultur	65.653	2.732
Sportstätten / Bäder	123.890	43.957
Wohnungsbau	28.710	0
Breitbandversorgung	72.136	119.017
Brandschutz	167.202	14.693
Hochwasserschutz / Gewässerentwicklung	92.208	14.571
Straßenbeleuchtung	13.437	0
Krankenversorgung / Pflege	15	0
Tourismuseinrichtung	29.440	2.429
Barrierefreiheit	41.354	52.275

Simuliertes Volumen in T €

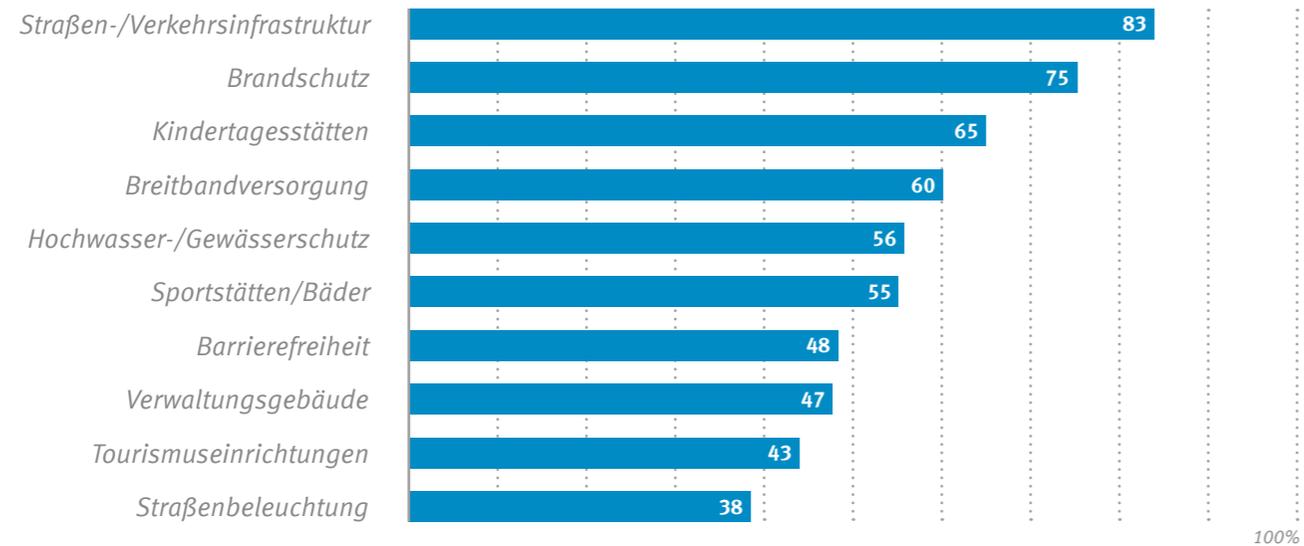


Das Volumen für die Gemeinden, Städte und VG wurde auf der Basis einer repräsentativen Gewichtung der Gemeinden, Städte und VG nach Planungsregion und Ortsgröße simuliert. Für die Landkreise wurde der Durchschnitt der angegebenen Volumina je Investitionsschwerpunkt der 7 Landkreise errechnet, die an der Befragung teilgenommen haben. Diese Durchschnitte wurden als Grundlage für die Hochrechnung der Bedarfe der übrigen 10 Landkreise verwendet, die sich nicht an der Befragung beteiligten. Dieses Bedarfe wurden durch Multiplikation der Durchschnitte mit dem Faktor 10 simuliert und auf das in der Befragung angegebene Volumen aufsummiert.

Fördermittelbedarf - Dreijahreshorizont

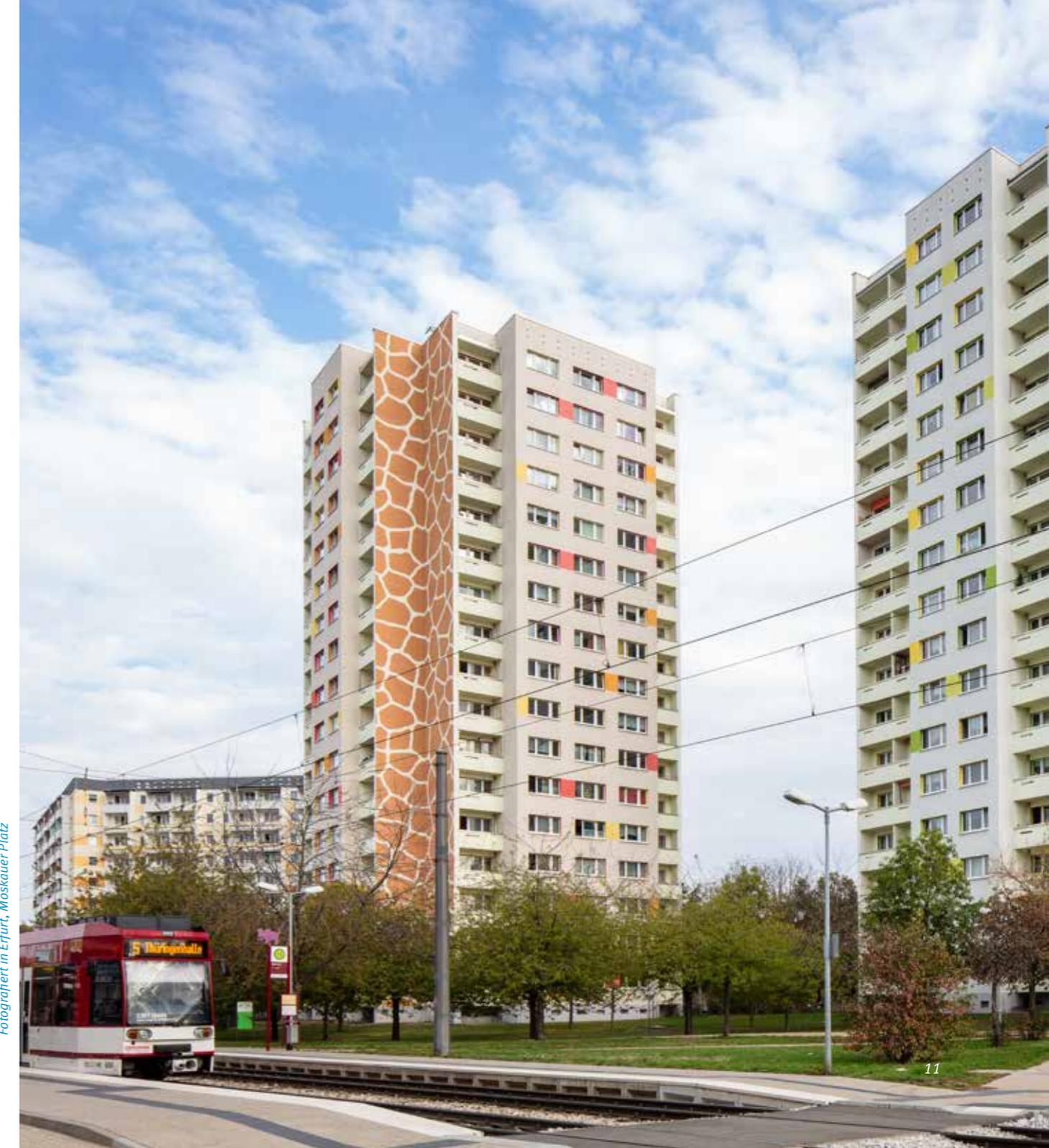
Fördermittel werden benötigt! TOP 10 aller befragten Kommunen:

(N = 77), Angaben in Prozent



Am häufigsten werden Fördermittelbedarfe in den Bereichen Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie Brandschutz angemeldet. 75 Prozent und mehr der befragten Kommunen erwarten hier Bedarf.

Zwischen 60 und 65 Prozent der Kommunen benötigen in Bezug auf Kindertagesstätten und Breitbandversorgung Fördermittel. Hier liegen die Schwerpunkte in den kommenden drei Jahren.

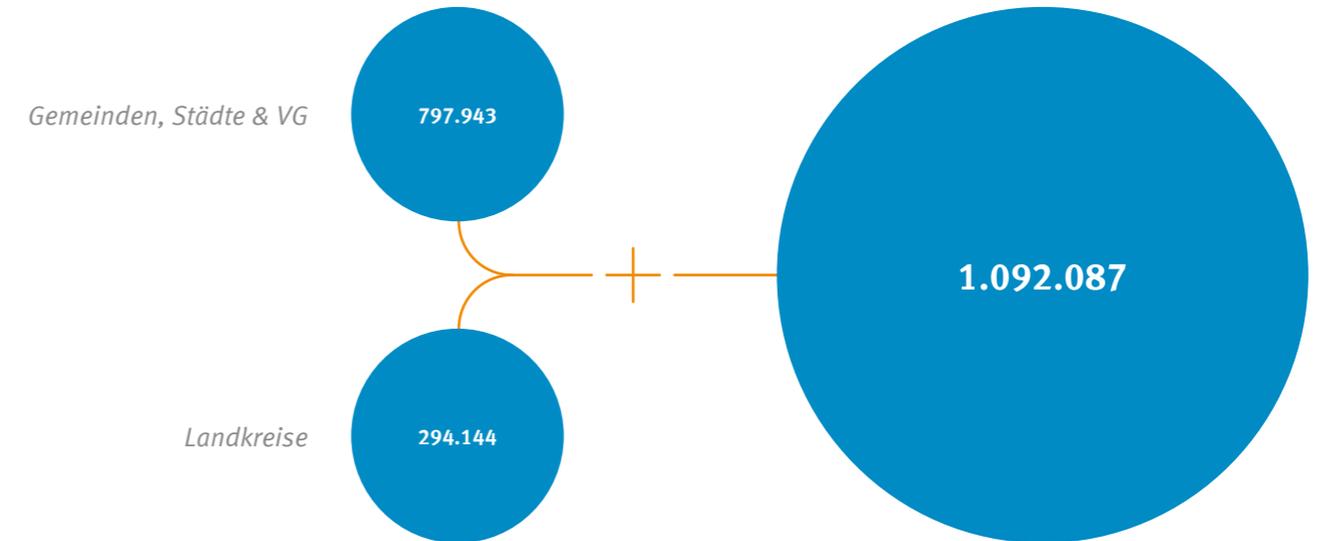


Fördermittelvolumen- Dreijahreshorizont

Bedarf in T€

Fördervorhaben	Gemeinde, Städte & VG	Landkreise
Straßen- / Verkehrsinfrastruktur	110.793	42.247
ÖPNV	37.053	4.427
Verwaltungsgebäude	122.065	4.131
Energieerzeugung/-versorgung	1.146	0
Abfallwirtschaft	180	0
Schulen	43.608	111.418
Kindertagesstätten	34.743	0
Kultur	14.348	1.258
Sportstätten/Bäder	104.418	40.071
Wohnungsbau	10.980	0
Breitbandversorgung	74.380	54.643
Brandschutz	99.527	6.805
Hochwasserschutz/Gewässerentwicklung	80.519	14.571
Straßenbeleuchtung	2.721	0
Krankenversorgung/Pflege	10	0
Tourismuseinrichtung	23.273	0
Barrierefreiheit	38.234	14.571

Simuliertes Volumen in T €



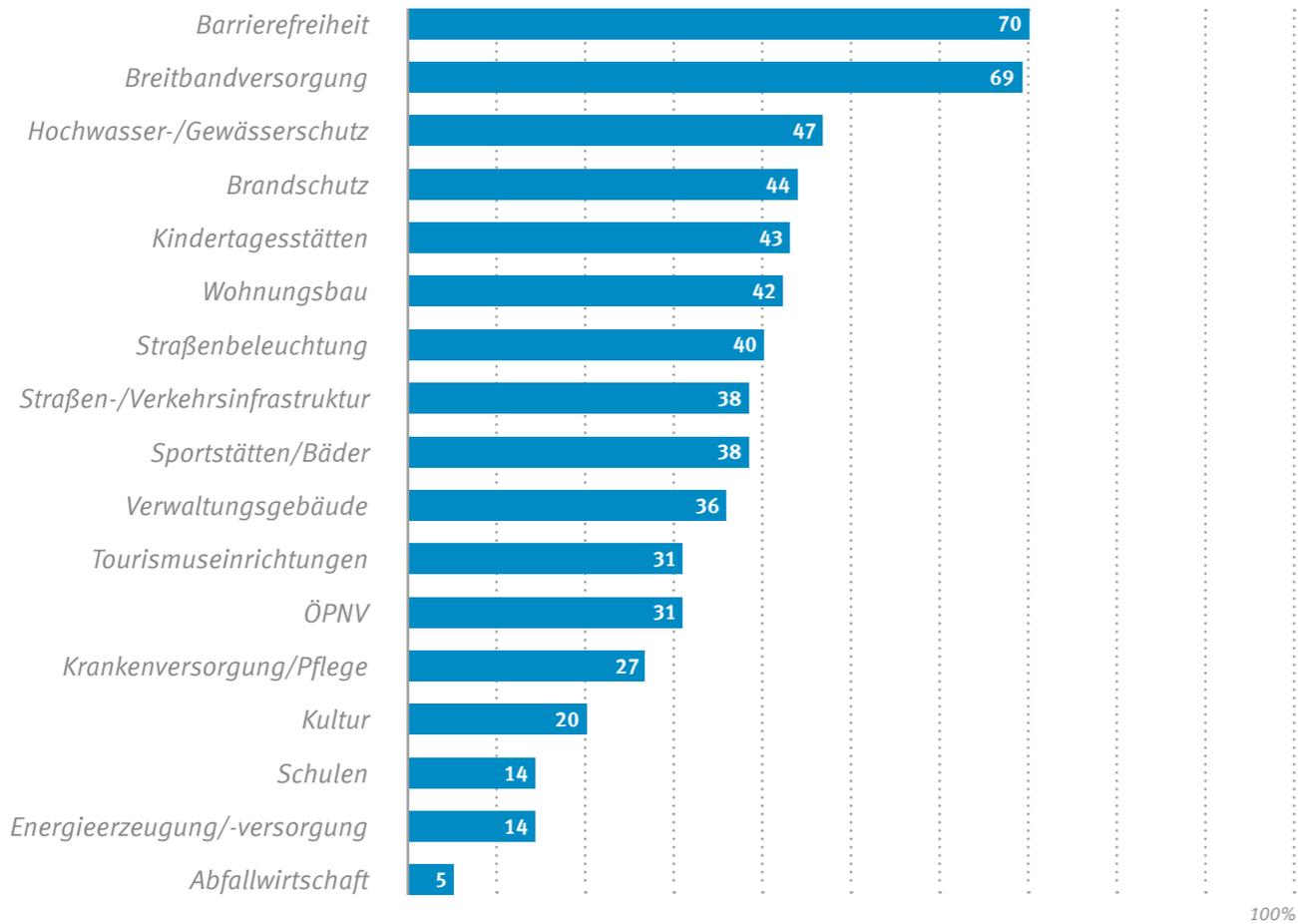
Das Volumen für die Gemeinden, Städte und VG wurde auf der Basis einer repräsentativen Gewichtung der Gemeinden, Städte und VG nach Planungsregion und Ortsgröße simuliert. Für die Landkreise wurde der Durchschnitt der angegebenen Volumina je Investitionsschwerpunkt der 7 Landkreise errechnet, die an der Befragung teilgenommen haben. Diese Durchschnitte wurden als Grundlage für die Hochrechnung der Bedarfe der übrigen 10 Landkreise verwendet, die sich nicht an der Befragung beteiligten. Dieses Bedarfe wurden durch Multiplikation der Durchschnitte mit dem Faktor 10 simuliert und auf das in der Befragung angegebene Volumen aufsummiert.

Demographie und Investitionstätigkeit

Aus-und Umbau:

Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Investitionstätigkeit

(N = 77), Angaben in Prozent



Die Kommunen reagieren auf die demographische Entwicklung. Veränderungen der Rahmenbedingungen des Lebens in den Gemeinden kann deren Attraktivität steigern, Abwanderung verhindern und die Lebenssituation insbesondere mobilitätseingeschränkter älterer Menschen verbessern. Mehr Barrierefreiheit und digitale Dienstleistungen über bessere Breitbandversorgung können unterstützend wirken.



Hemmnisse der Investitionstätigkeit

Investitionshemmnisse sehen die befragten Kommunen überwiegend in finanzieller Hinsicht. Fehlende oder mangelnde Verfügbarkeit von Eigenmitteln, Fördermitteln oder Zuweisungen vom Land oder vom Bund werden häufig als Hemmnisse genannt. Nicht zu übersehen sind aber auch die fehlenden oder mangelnden Ressourcen in der Bauwirtschaft und -verwaltung.



Fotografiert in Bad Lobenstein

Alle befragten Kommunen im Überblick

(N = 77), Angaben in Prozent

Verfügbarkeit von Eigenmitteln



Verfügbarkeit von Fördermitteln



Bauausführungskapazitäten in der Bauwirtschaft



Dauernde Leistungsfähigkeit



Verfügbarkeit von Zuweisungen



Verfügbarkeit von Planungskapazitäten in der Bauverwaltung



Verfügbarkeit von Projektsteuerungskapazitäten in der Bauverwaltung



Rechtliche Rahmenbedingungen



Planungskapazitäten in der Bauwirtschaft



Konsolidierungsrestriktionen



Fehlende langfristige Investitions-Bedarfsstrategie



Mangelnde Information zum Vermögensbestand und Wert



100%

Hemmnisse bei rechtl. Rahmenbedingungen

14 Nennungen zum Vergaberecht:

z.B. „Ausschreibungsverfahren für Planungsbüros“

z.B. „Thüringer Vergabegesetz -das ganze Vergaberecht ist kaum noch praxisgerecht, insbesondere bei Aufträgen unter 50T€“

z.B. „Vergaberecht zu kompliziert für kleine Verwaltungen“

z.B. „zu hohe Standards -zu hohe Bürokratie bei Vergabeverfahren“

5 Nennungen zu Fördervorschriften:

z.B. „EU-Gesetzgebung und Förderrichtlinien, verkomplizierte Ausschreibungsrichtlinien selbst für Planungsleistungen, rechtsaufsichtliche Würdigungen“

11 Nennungen zur Baubestimmung:

z.B. „unflexible Bauleitplanung“

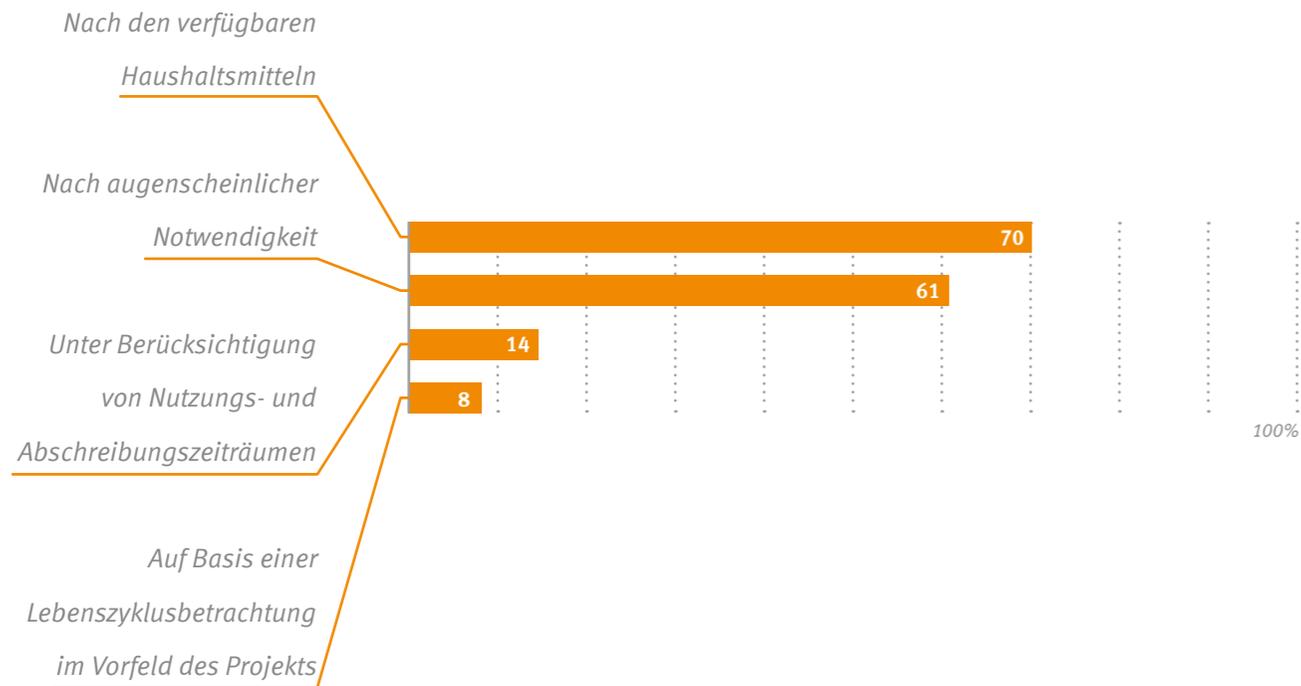
z.B. „Eingriff in das Eigentum -> Schrottimmobilien hemmen die Stadtentwicklung und machen die Schaffung von neuen Wohnungen nicht möglich“

z.B. „Sicherheitsbestimmungen, Umwelt- und Denkmalschutz“

Kalkulation von Instandhaltungsbudgets

Alle befragten Kommunen im Überblick

(N = 77), Angaben in Prozent

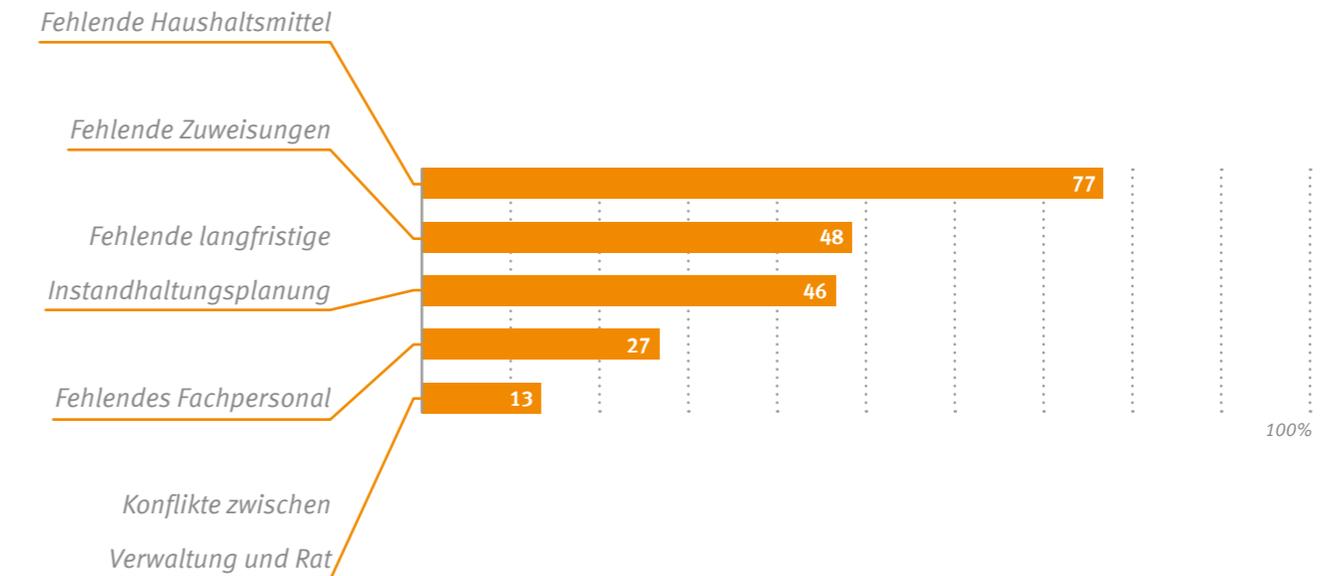


Bei der Kalkulation von Instandhaltungsbudgets wird überwiegend pragmatisch vorgegangen. Entscheidend für die Kalkulation sind die Haushaltslage und die wahrgenommene Notwendigkeit für Investitionen. Betriebswirtschaftliche Parameter bleiben weitestgehend unberücksichtigt.

Hemmnisse bei Darstellung im Haushalt

Alle befragten Kommunen im Überblick

(N = 77), Angaben in Prozent



Bei der Darstellung von notwendigen Investitionsbudgets im Haushalt dominieren überwiegend finanzielle Hemmnisse. Eine langfristige Instandhaltungsplanung scheint deshalb nur eingeschränkt möglich.

Größe der Kommunen nach Einwohnern

Erwartungsgemäß dominieren die Kommunen zwischen 3.000 und 10.000 Einwohnern. 51 der 77 Kommunen (66,2 %) zählen zu dieser Größenklasse. Die meisten Gemeinden gehören zur Größenklasse zwischen 3.000 und 5.000 Einwohnern. Die meisten Städte sowie VG zählen zwischen 5.000 und 10.000 Einwohnern. Da die Landkreise eine übergemeindliche kommunale Organisationsform verkörpern, liegt deren Einwohnerzahl in der Größenklasse über 50.000 Einwohner.

Investitionsschwerpunkt	Gemeinden und Städte	VG	Landkreise	Gesamt
unter 3.000 Ew.	8	0	0	8
3.000 bis unter 5.000 Ew.	20	0	0	20
5.000 bis unter 10.000 Ew.	18	13	0	31
10.000 bis unter 30.000 Ew.	9	0	0	9
30.000 bis unter 50.000 Ew.	1	0	0	1
50.000 und mehr Ew.	1	0	7	8
Gesamt	57	13	7	77

Anzahl der Kommunen

Ziel, Methode, Stichprobenqualität

Der Thüringer Kommunalmonitor spiegelt die Situation in den teilnehmenden Kommunen zur Haushaltslage, zur Investitionstätigkeit, zu den Fördermittelbedarfen und zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Planungs- und Verwaltungsarbeit in den Thüringer Gemeinden, Städten, Verwaltungsgemeinschaften und in den Landkreisen wider. Partiiell ist ein Vergleich der Ergebnisse mit dem deutschen Durchschnitt möglich, da einige Fragen des KfW-Kommunalpanels 2018 im Thüringer Kommunalmonitor zu diesem Zweck repliziert wurden. Diese Befragung der kommunalen Verwaltungen im Freistaat gibt den Kommunen die Möglichkeit, die Thüringer Landesregierung und die Förderinstitutionen, wie die Thüringer Aufbaubank und die GFAW, auf Herausforderungen der kommunalen Arbeit systematisch aufmerksam zu machen. Gleichzeitig gibt es den Kommunen einen guten Überblick über die Gesamtsituation in Thüringen und hilft, die eigene Position im Vergleich mit den anderen Kommunen zu bestimmen.

Mit dem Thüringer Kommunalmonitor etabliert die Thüringer Aufbaubank als Auftraggeberin ein empirisches Instrument, mit dem einmal im Jahr die Entwicklung in den Kommunen über die Eigeneinschätzung durch die kommunalen Verwaltungen dargestellt wird.

Die erste Befragung dieser Art fand im Februar und März 2019 statt. Alle im Gemeinde- und Städtebund Thüringens (<https://www.gstb-thueringen.de/>) im Februar 2019 registrierten 206 Gemeinden, Städte und Verwaltungsgemeinschaften sowie die Landräte aller 17 Landkreise im Freistaat wurden postalisch zur Teilnahme eingeladen. Insgesamt haben sich 77 Kommunen beteiligt. Das entspricht einem Rücklauf von beachtlichen 34,5 Prozent.

Wir bedanken uns bei allen Teilnehmer*innen und wünschen Ihnen fruchtbringende Erkenntnisse bei der Lektüre.

Henry Kreikenbom, Geschäftsführer Aproxima

23. April 2019



Zusammenfassung der Ergebnisse

Die finanzielle Situation in den Kommunen

Etwa jede Dritte Gemeinde bzw. Stadt befindet sich in Haushaltssicherung. Im Vergleich zum letzten Jahr ist mehr als eine Verdoppelung der Zahl der Gemeinden und Städte beobachtbar, die einen Fehlbetrag für das laufende Jahr erwarten.

Bedarf an personellen Ressourcen

In den Bereichen Gebäudemanagement (39 %) und interkommunale Zusammenarbeit (36 %) benötigen die meisten Kommunen in den nächsten drei Jahren zusätzliche Personalressourcen. Um die freiwilligen Neugliederungen umzusetzen, scheint letzteres Thema vorrangig zu sein.

Bedarf an Investitionsmitteln

Die große Mehrheit der Kommunen (61 %) misst dem Investitionsmittelbedarf für die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur hohe Priorität zu. Danach folgen die Investitionsmittelbedarfe für den Brandschutz, die Breitbandversorgung und den Hochwasser- und Gewässerschutz mit Anteilen von 36 bis 43 Prozent aller befragten Kommunen.

Bedarf an Fördermitteln

Am häufigsten werden Fördermittelbedarfe in den Bereichen Straßen- und Verkehrsinfrastruktur (83 %) sowie Brandschutz (75 %) angegeben. Diese Bedarfe spiegeln die Investitionsmittelprioritäten der meisten Kommunen wider. Zwischen 60 und 65 Prozent der Kommunen benötigen in Bezug auf Kindertagesstätten und Breitbandversorgung Fördermittel. Gemeinden und Städte melden häufiger Bedarf bei der Förderung von Kindertagesstätten als bei der Breitbandversorgung an, wodurch sich dieses Thema auf einen vorderen Platz im Ranking der Fördermittelbedarfe schiebt.

Reaktion auf demographische Entwicklung

Die Kommunen reagieren auf die demographische Entwicklung. Veränderungen der Rahmenbedingungen des Lebens in den Gemeinden kann deren Attraktivität als lebenswerten Raum steigern und Abwanderung verhindern. Im Fokus der investiven Maßnahmen der Kommunen stehen deshalb Themen, wie Barrierefreiheit und Breitbandversorgung. Diese können insbesondere die Lebenssituation mobilitätseingeschränkter älterer Menschen verbessern. Mehr Barrierefreiheit und digitale Dienstleistungen über bessere Breitbandversorgung können dabei unterstützend wirken. Weitere harte und weiche Faktoren, wie Straßen- und Verkehrsinfrastruktur, Verwaltungsangebote, Brandschutz, Kultur, Sportstätten und Bäder, stellen ebenfalls für viele Kommunen Maßnahmen dar, um auf den demographischen Wandel angemessen zu reagieren.

Hemmnisse der Investitionstätigkeit

Investitionshemmnisse sehen die befragten Kommunen überwiegend in finanzieller Hinsicht. Fehlende oder mangelnde Verfügbarkeit von Eigenmitteln, Fördermitteln oder Zuweisungen vom Land oder vom Bund sind sehr häufig genannte Hemmnisse. Nicht zu übersehen sind auch die fehlenden oder mangelnden Ressourcen in der Bauwirtschaft und -verwaltung.

Kalkulation von Instandhaltungsbudgets

Bei der Kalkulation von Instandhaltungsbudgets wird überwiegend pragmatisch vorgegangen. Entscheidend für die Kalkulation sind die Haushaltslage und die wahrgenommene Notwendigkeit für investive Maßnahmen. Betriebswirtschaftliche Parameter, wie Nutzungs- und Abschreibungszeiträume oder Lebenszyklusbetrachtungen, bleiben weitestgehend unberücksichtigt. Bei den meisten Kommunen wird die Darstellung von Investitionsbudgets im Haushalt durch finanzielle Hemmnisse beeinträchtigt.

Methodenkurzbericht

<i>Primärforschung</i>	aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH
<i>Auftraggeber</i>	Thüringer Aufbaubank
<i>Erhebungsmethode</i>	postalische und Online-Befragung
<i>Auswahlverfahren</i>	Öffentliche Adressliste N = 223 Adressen von Gemeinden, Städten Verwaltungsgemeinschaften und Landkreisen des Freistaats Thüringen
<i>Stichprobe</i>	N=77 Interviews Ausschöpfungsquote: 34,5 Prozent
<i>Feldzeit</i>	20. Februar bis 29. März 2019
<i>Bearbeitet von</i>	Henry Kreikenbom, Alexander Schilling, Rea Roos

www.aufbaubank.de

Eine Studie im Auftrag der Thüringer Aufbaubank

www.aufbaubank.de/kommunalmonitor

